

Beschluss des Landrats vom 26.01.2023

Nr. 1961

7. Nichtformulierte Initiative «Gebührenfreie Kinderbetreuung für alle Familien» 2022/443; Protokoll: gs, ps

Der Kanton und die Einwohnergemeinden sollen verpflichtet werden, so sagt Kommissionspräsidentin **Jacqueline Wunderer** (SVP), eine kostenlose und bedarfsgerechte familienexterne Betreuung für Kinder bis zum Eintritt in die erste Primarklasse zu gewährleisten und finanzieren. Zudem sollen die Arbeitsbedingungen in den Kindertagesstätten und die Qualitätsstandards verbessert werden. Der Regierungsrat anerkennt zwar grundsätzlich einen Verbesserungsbedarf in diesem Bereich – er lehnt die Initiative aber ab und will die Defizite in einem breit angelegten, von der Initiative unabhängigen Projekt angehen. Dabei will er namentlich auf eine Entlastung der Eltern bei den Kosten fokussieren.

Eintreten war in der Kommission unbestritten. Im Vordergrund stand die Frage, inwiefern die familienexterne Kinderbetreuung als Teil des «Service public» etabliert werden soll. Diese Formulierung war in der Kommission stark umstritten. Die Initiative entwertete die Rolle der Eltern bzw. Erziehungsberechtigten, welche ihre Kinder selber betreuen. Die Erziehungsarbeit werde von der Initiative als Bürde missverstanden – und sie verkenne auch das gelebte Verhalten junger Eltern. Die Rolle der Eltern solle keineswegs geschmälert oder verkannt werden, so die Argumentation der Gegenseite. Ein sorgendes Elternhaus sei sehr wichtig.

In der Kommission wurde auch gesagt, dass bestehende Angebote, beispielsweise von Firmen, nicht durch die Initiative in Mitleidenschaft gezogen werden dürfen. Diese Angebote zeigten auch, so wurde weiter argumentiert, dass die Wirtschaft bereits auf die Nachfrage seitens der Angestellten reagiert habe. Man wolle mit der Initiative, so hiess es andererseits, auch jenen Angestellten helfen, deren Arbeitgeber keine solchen Angebote offerieren könnten.

Natürlich wurde auch die Frage aufgeworfen, welche steuerliche Belastung die Umsetzung der Initiative mit sich bringen würde. Gemäss Auskunft der Steuerverwaltung müssten die Einkommenssteuern um 13 bis 15 % erhöht werden, um den errechneten Betrag von CHF 172 Mio. zu kompensieren.

In der Diskussion wurden auch die Pläne des Regierungsrats gewürdigt, der die familienexterne Kinderbetreuung gesamthaft – also nicht nur mit Blick auf den Vorschul-, sondern auch den Schulbereich inklusive Tagesschulen – analysieren will, um dann im Rahmen dieses umfassenden Projekts Verbesserungsvorschläge vorzulegen. Die Befürworter der Initiative waren aber enttäuscht, dass der Regierungsrat keinen formellen Gegenvorschlag zur Initiative vorgelegt hat – und sie brachten einen entsprechenden Antrag in die Diskussion ein. Die Konstellation, welche durch die regierungsrätliche Vorlage geschaffen werde, lasse nur ein Ja oder ein Nein, aber keine differenzierte Meinungskundgabe der Bevölkerung zu. Mit einem Gegenvorschlag zur Initiative, welche die Vorschulzeit ins Zentrum rückt, könne man spezifisch den wichtigen ersten Lebensjahren die nötige Beachtung schenken. Der Antrag, der Initiative einen formellen Gegenvorschlag gegenüber stellen zu lassen, wurde mit 7:6 Stimmen angenommen. Für den Regierungsrat bedeutet dies, dass er sich im Rahmen der Erarbeitung des Gegenvorschlags vorrangig auf den FEB-Bereich konzentrieren wird.

Dieser Beschluss der Kommission führt aber dazu, dass die Fristen für die Behandlung der Initiative nicht eingehalten werden können (auch der Regierungsrat selber rechnet in seiner Planung mit einem Zeitbedarf bis 2025). Die Kommission hat das Initiativkomitee darum mit der Anfrage kontaktiert, ob es bereit sei, einer Sistierung bzw. Unterbrechung der Behandlungsfrist im geschilderten Sinne zuzustimmen. Das Komitee hat diesem Ansinnen unter der Voraussetzung zugestimmt, dass der Landrat dem Antrag der JSK für einen formellen Gegenvorschlag zur Initiative folgt. Die

Kommission hat der Unterbrechung der Behandlungsfrist mit 11:0 Stimmen ohne Enthaltung zugestimmt. Diese Frist ist auf zwei Jahre angesetzt. Da die Publikation der Initiative im August 2021 im Amtsblatt erfolgte, läuft die Behandlungsfrist formell bis August 2023 – und bei Zustimmung des Landrats zum beantragten Vorgehen bis August 2025. Der Antrag für die Ausarbeitung eines Gegenvorschlags respektive die Bedingung des Komitees besagen nur, dass ein Gegenvorschlag vorgelegt werden muss – aber nicht, welche Inhalte damit verbunden sind.

Die Rechtsgültigkeit der Initiative war in der Kommission unbestritten. Der Landratsbeschluss gemäss Kommission umfasst drei Punkte: Die Volksinitiative wird erstens für rechtsgültig erklärt. Ihre Behandlungsfrist wird zweitens für zwei Jahre unterbrochen. Der Regierungsrat wird drittens beauftragt, einen formellen Gegenvorschlag auszuarbeiten. Diesem Beschluss stimmte die Kommission in der Schlussabstimmung mit 8:2 Stimmen bei 1 Enthaltung zu.

– *Eintretensdebatte*

Tania Cucè (SP) sagt, dass es im Saal wohl unbestritten sei, dass bei der Finanzierung der Kinderbetreuung im Baselbiet etwas passieren muss. An zweitletzter Stelle im Ranking der Kantone zu stehen, wenn es um die Kosten geht – das kann man nicht akzeptieren. Man muss vorwärts machen. Die SP ist auch froh, dass der Regierungsrat den Handlungsbedarf erkannt hat und die Familien im Kanton entlasten will. Die Initiative fokussiert sich auf die Betreuung in der Vorschulzeit. Diese Zeit ist entwicklungspsychologisch eine wichtige Zeit, um die Weichen für die Zukunft der Kinder zu stellen. Deswegen wird es als legitim erachtet, dass diese vorschulische Kinderbetreuung im regierungsrätlichen Gegenvorschlag prioritär behandelt wird. Was nicht heisst, dass die anderen Bereiche nicht auch wichtig sind und die Arbeiten vorangetrieben werden müssen.

Das Projekt des Regierungsrats richtet den Fokus auf die Finanzierung. Die Forderungen der Initiative betreffen aber auch die eigentliche Betreuung. Man muss einen guten Betreuungsschlüssel haben, um die bestmögliche Betreuung der jüngsten Mitglieder der Gesellschaft zu gewährleisten. Dazu gehören auch die Arbeitsbedingungen oder die Stellung der Praktikantinnen und Praktikanten. Diese Punkte der Initiative, welche auf die Qualität der Betreuung zielen, wie auch die vom Regierungsrat verfolgten Ideen zur Finanzierung, müssen der Initiative entgegen gestellt werden, um einen wirklichen Diskurs zu ermöglichen – und um den Landrätinnen und Landräten die Möglichkeit zu geben, sich überhaupt für oder gegen die Initiative auszusprechen. Im aktuellen Zeitpunkt weiss man noch nicht konkret, was der Regierungsrat eigentlich machen will. Das ermöglicht keine wirkliche Willensbildung, um die Initiative abzulehnen. Da der Regierungsrat ohnehin an der Fragestellung arbeitet, plädiert die SP-Fraktion dafür, dass die Exekutive einen Gegenvorschlag vorlegen soll – damit man inhaltlich – en connaissance de cause – darüber debattieren kann, was der richtige Weg für das Baselbiet ist. Es geht um die Sache und um die bestmögliche Lösung fürs Baselbiet. Deswegen hat das Initiativkomitee der Sistierung zugestimmt. Die SP-Fraktion ist ebenfalls für die Sistierung der Initiative und für einen Auftrag an den Regierungsrat, einen Gegenvorschlag zu erarbeiten.

Hanspeter Weibel (SVP) kann sagen, dass die Vorrednerin etwas richtig gesagt hat – dass es nämlich um die beste Lösung fürs Baselbiet geht. Das ist aber nicht immer mit dem identisch, was die SP sich vorstellt. Man redet davon, der Regierungsrat habe das Problem erkannt und insinuiert dabei, er sei einverstanden. Nein, der Regierungsrat hat einen Beschluss gefasst, der soweit deckungsgleich ist mit dem Kommissionsbeschluss, als die Initiative für rechtsgültig erklärt werden soll. Dann sagt der Regierungsrat aber, die nichtformulierte Initiative solle abgelehnt und zur Abstimmung unterbreitet werden – und den Stimmberechtigten solle empfohlen werden, die Initiative abzulehnen. Aus diesem Beschluss des Regierungsrats ist nicht zu erkennen, dass er mit dem Inhalt einverstanden ist. Zu Recht. Es kann wiederum die SP zitiert werden, die sich im Moment stark um den Kaufkraftverlust sorgt. Eine Erhöhung der Steuern um 13 %, um die insgesamt ge-

schätzten CHF 172 Mio. finanzieren zu können, ist mehr als nur eine Kaufkraftvernichtung des Mittelstands. Wer muss das alles zahlen? Jene, die heute schon Steuern zahlen.

Kurzum: Die SVP-Fraktion ist mit dem Beschluss der Kommission nicht einverstanden und beantragt dem Landrat, auf den Antrag des Regierungsrats zurück zu kommen: Die Initiative ist erstens rechtsgültig, die Initiative wird zweitens abgelehnt und zur Abstimmung unterbreitet – und den Stimmberechtigten wird drittens empfohlen, die Initiative abzulehnen. Es soll der Initiative kein Gegenvorschlag gegenüber gestellt werden. Es kann nicht sein, dass man eine Initiative mit einem Maximalvorschlag einreicht – und dann erwartet, dass es einen Gegenvorschlag gibt. Das war die Haltung, die in der Kommission spürbar war. Es wurde fast darum gebettelt, es solle doch ein Gegenvorschlag ausgearbeitet werden. Erst als man realisiert hat, dass dies wegen der Grösse des Vorhabens zeitlich gar nicht mehr möglich ist, war man bereit, die Behandlungsfrist zu verlängern. Es wird also dringend empfohlen, den Beschluss der Kommission nicht anzunehmen, sondern zurückzukommen auf den Beschluss des Regierungsrats.

Michael Bürgin (Grüne) ist anderer Meinung. Fernab der Parteipolitik geht es um Kinder – um Kinder, die später hier arbeiten werden und darum eine gute Vorbildung und gute sprachliche Kenntnisse haben und sozial gut integriert sein müssen. Diese Kinder muss man erreichen. Deshalb ist man ganz fest davon überzeugt, dass es einen gut ausgearbeiteten Gegenvorschlag braucht – nicht einen «Traktor» wie das Projekt des Regierungsrats bis jetzt aussieht. Man soll sich wirklich auf die vorschulische Zeit konzentrieren. Zudem ist es etwas unangenehm, wenn das Komitee einer Sistierung zustimmt – und es dann plötzlich heisst, man wolle keinen Gegenvorschlag. Das geht in den Augen des Redners nicht. Die Zustimmung zur Sistierung war an den Gegenvorschlag gekoppelt.

Jacqueline Bader (FDP) lässt die Katze gleich aus dem Sack: Die FDP-Fraktion lehnt sowohl die Sistierung der Initiative als auch den Gegenvorschlag ab. Die FDP stellt wie die SVP den Antrag, der Regierungsvorlage zu folgen. Hanspeter Weibel hat bereits alles gesagt – die Rednerin verzichtet darauf, dies zu wiederholen. Wenn man eine Initiative lanciert, muss sie so tragfähig sein, dass es keinen Gegenvorschlag braucht.

Der Antrag wird wie folgt begründet: Der Regierungsrat arbeitet an einem umfassenden Projekt, das über den vorschulischen Bereich hinausgeht. Es ist der Wunsch der Erziehungsberechtigten, eine Betreuung über den vorschulischen Bereich hinaus zu haben – bis zum Ende der Primarschule. Die Anliegen sollen in diesem Sinne gebündelt werden. Weiter will man auch eine Kostenstruktur: Die Initiative kostet pro Jahr, man hat es gehört, rund CHF 170 Mio. – und sie führt zu einer Steuererhöhung von rund 13 %. Dass die FDP-Fraktion dies nicht will, muss man wohl nicht diskutieren. Die Initiative fordert auch, Kinder vor dem Eintritt in den Kindergarten sozialkompatibel zu machen. Die Rednerin möchte nicht näher auf diese Forderung eingehen, weil dies als Affront an alle anderen Erziehungsberechtigten empfunden wird. Man würde mit der Initiative auch die Firmen-Kitas untergraben und eine Verstaatlichung vornehmen, weil man ihnen die finanzielle Grundlage entzieht. Der Regierungsrat ist längst an der Ausarbeitung einer Vorlage, welche viel umfassender ist und die Kinderbetreuung breiter abdeckt. Die Initiative soll dem Volk vorgelegt und der Regierungsrat soll an seiner Vorlage weiter arbeiten. Die FDP-Fraktion spricht sich gegen einen Gegenvorschlag aus.

Béatrix von Sury d'Aspremont (Die Mitte) fragt: Welche Erziehungsberechtigten, die einen Betreuungsplatz für ihre Kinder im Vorschulbereich haben, träumten nicht von einem kostenlosen Angebot? In Baselland kann man tatsächlich nur davon träumen, dass die Elternbeiträge in irgendeiner Weise sinken, gehören sie doch schweizweit zu den teuersten. Auf den ersten Blick ist die Initiative für eine gebührenfreie Betreuung soweit sehr verlockend. Andererseits ist sie nicht bezahlbar. Man hat es gehört: Die Steuern müssten exorbitant erhöht werden. Aber: Arbeit muss

sich lohnen. Nicht nur die Kosten der Kinderbetreuung (oder ein Teil davon) müssen gedeckt sein – auch kann es nicht sein, dass man bei einem Vollpensum sogar noch drauflegen muss. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss gefördert werden – und soll sich lohnen. Ergo sollte sich der Staat, das heisst auch der Kanton, vermehrt an der Finanzierung der Kita-Angebote beteiligen. Schliesslich profitiert auch er über die Steuereinnahmen ebenfalls. Die Gemeinden werden sicherlich nichts dagegen haben, wenn sie einen kleinen finanziellen Zustupf bekommen. Deshalb erwartet die Mitte/glp-Fraktion, dass der Kanton einen formellen Gegenvorschlag zur Initiative ausarbeitet – und stimmt einer Sistierung der Initiative zu.

Der Gegenvorschlag sollte verschiedene Elemente berücksichtigen wie etwa die Qualitätsansprüche an die Kitas (Betreuungsschlüssel), den Einbezug der Wirtschaft, die Schaffung von ausreichenden Betreuungsplätzen. Es ist aber auch sehr wichtig – und dies sei betont –, dass Eltern, die ihre Kinder zu Hause selber oder von anderen Familienangehörigen betreuen lassen, einen sehr wertvollen Beitrag für die Gesellschaft leisten. Es sei unterstrichen, dass diese Arbeit äusserst wertgeschätzt wird. Die einen Erziehungsberechtigten dürfen auf keinen Fall gegen die andern ausgespielt werden. Deshalb ist zu hoffen, dass im Gegenvorschlag auch die Eltern erwähnt bzw. in einer geeigneten Form berücksichtigt werden, die eine eigene Betreuungsarbeit leisten. Abschliessend soll dem Regierungsrat noch ein Punkt ans Herz gelegt werden: Um die Erziehungsberechtigten in ihrer Betreuungs- und Erwerbsarbeit zu unterstützen, erwartet man vom Regierungsrat – hier sei an die SID und Regierungsrätin Kathrin Schweizer appelliert –, dass das Projekt im Vorschulbereich speditiv vorwärts kommt, auch wenn es im Zusammenhang mit dem ganzen Projekt der Betreuungskette zu sehen ist. Der Kanton hinkt schweizweit hinterher – und es kommt allen zu Gute, wenn sich die Betreuung in Kitas und die Erwerbsarbeit finanziell lohnen würden (auch im Rahmen der Standortförderung). Und das möglichst bald.

Peter Riebli (SVP) möchte sich nicht über den Inhalt der Initiative oder eines potenziellen Gegenvorschlags unterhalten, sondern die Unsitte der Gegenvorschläge thematisieren. Anscheinend haben die Initianten Angst vor dem eigenen Mut bekommen. Sie reichen eine Initiative ein in der Meinung, dass das Volk diese mehrheitlich annehmen wird. Dann soll man sie auch 1:1 dem Volk so vorlegen. Es kann nicht sein, dass eine Initiative mit einer Maximalforderung eingegeben wird – in der Hoffnung, der Kanton und das Parlament hätten Angst davor und erarbeiteten einen Gegenvorschlag, der etwa die Hälfte dessen erfüllt, was man eigentlich ursprünglich wollte. Das ist eine Unsitte. Das ist Angst vor dem Stimmvolk.

Die Initiative ist dem Volk vorzulegen. Das Volk sagt Ja oder Nein. Das hat nichts damit zu tun, was der Regierungsrat machen will, falls die Initiative abgelehnt wird. Es ist der Job des Regierungsrats, eine Lösung zu finden, damit man Familie und Erwerbstätigkeit unter einen Hut bringen kann. Aber: Der Landrat lässt sich doch nicht von einem Initiativkomitee erpressen, jetzt einen Gegenvorschlag hervorzuzaubern – um diesem auf dem halben Weg entgegen zu kommen. Es geht hier um politische Hygiene. Es geht um ein Volksrecht auf eine Initiative – da hat das Volk das Recht, Ja oder Nein zu sagen; ohne dass man versucht, es mit einem Gegenvorschlag (wenn möglich einem indirekten) zu manipulieren. Die Initiative ist rechtsgültig. Die Initiative muss dem Volk vorgelegt werden – und das Parlament schlägt dem Volk vor, sie abzulehnen. Dieses Vorgehen empfiehlt der Regierungsrat. Über den Inhalt muss man hier gar nicht diskutieren. Es gilt, den demokratischen Prozess 1:1 durchzuführen. Die Meinung der Stimmbevölkerung soll nicht mit einem Gegenvorschlag manipuliert werden. Man kann die Initiative 1:1 vorlegen; das Volk kann 1:1 dazu Stellung nehmen – wenn das Volk sagt, es zahle 13 % mehr Einkommenssteuern, dann soll es so sein. Man soll aber keine Angst vor dem eigenen Mut haben.

Hanspeter Weibel (SVP) sagt, man stehe vor der Frage, ob man sich ins eigene Knie schiessen will oder nicht. Man weiss, dass der Regierungsrat sich in dieser Thematik Gedanken macht und in dieser Richtung etwas vorlegen wird. Was man hier vorgelegt erhalten hat mit dem Zeithorizont

2025, ist darum ganz gefährlich: Die Institutionen und Unternehmen, die jetzt eine eigene Kita haben, betreiben oder Erweiterungen vorsehen, werden sagen: «Jetzt legen wir erst mal die Hände in den Schoss» und tun gar nichts mehr. Man ist ja nicht so blöd und investiert, wenn irgendwann etwas kommt, dass der Steuerzahler berappt. Es ist gefährlich darauf zu spekulieren. Man muss Rechtssicherheit schaffen – auch für die Unternehmen, die in diese Richtung investiert haben. Wie gesagt: Was von der Kommission vorgelegt wurde, wird zur Ablehnung empfohlen. Dann wird der Regierungsrat so oder so mit einer Vorlage zu dieser Frage kommen.

Es sind von rechter Seite einige harte Worte gefallen, sagt **Miriam Locher** (SP), welche dies sehr bedauert. Denn grundsätzlich kann man feststellen: Selbstverständlich ist die Initiative besser als jeder Gegenvorschlag. Da steht man nach wie vor dahinter. Man bietet aber heute auch Hand. Fakt ist – dies wurde bisher noch nicht gesagt –, dass der Kanton in Bezug auf die Kinderbetreuung und die Kosten der Kitas auf dem zweitletzten Platz liegt – vor dem Kanton Uri. Das ist beschämend. Daran – diese Einschätzung wird wohl geteilt – muss man etwas ändern. Investitionen in die Kinderbetreuung haben nicht nur Kosten zur Folge – sie haben auch einen bedeutsamen Return on investment. Es ist bedauerlich, dass Hanspeter Weibel bei der Vorstellung der Initiative in der Kommission nicht anwesend war. Sonst hätte er dies auch in die Überlegungen einbezogen. Profitieren von einer solchen Investition kann neben der Wirtschaft auch die Gesellschaft – und letztlich eben auch die Baselbieter Familien.

Ein Aspekt, der bisher ausgeblendet wurde: Es geht auch um die Arbeitsbedingungen. Auch hier muss man etwas ändern. Die Rednerin ist überzeugt, dass man mit einem Gegenvorschlag – wenn man die Initiative denn nicht will – dort etwas schrauben kann. Ob man die Initiative gut findet oder nicht, ist nicht Gegenstand der Debatte. Der Landrat hat heute die Möglichkeit, durch eine Sistierung und einen Gegenvorschlag in seinem Sinne einen Schritt zur Verbesserung der Situation zu gehen. Diesem Anliegen kann man sich aus Sicht der Rednerin eigentlich nicht verwehren. Es geht um die Sistierung und den Gegenvorschlag zum Wohl der Baselbieter Familien.

Michael Bürgin (Grüne) antwortet Peter Riebli betreffend Rettung der Demokratie: Es waren nicht die Initiantinnen, die den Gegenvorschlag wollten, sondern die Kommission, die das Geschäft beraten hat – sie wollte einen Gegenvorschlag. Das ist demokratisch also sauber abgelaufen. Zweitens geht es um die Vorschulzeit, die sehr wichtig ist – hier muss man eine gute Lösung finden.

Tania Cucè (SP) will die Diskussion nicht unnötig in die Länge ziehen. An die gegenüberliegende Ratsseite gerichtet: Einen Gegenvorschlag zu machen, ist ein verfassungsmässiges Recht. Das ist nicht etwas, das aus dem Hut gezaubert wird. Es klang, als sei dies ein Instrument, das es nicht geben sollte. Das ist etwas befremdend. Es ist ein Recht, das dem Parlament zusteht. Man muss dadurch nicht nur ein Ja oder ein Nein zu einer Initiative vorbringen.

Die Initiative, so sagt **Martin Dätwyler** (FDP), spricht das Thema der Vereinbarkeit von Familie und Beruf an. Das ist unbestritten ein wichtiges Thema. Da dürfte man sich in diesem Saal einig sein. Die Initiative spricht aber nur einen Teilaspekt des Themas an – und greift damit viel zu kurz. In Gesprächen mit den Unternehmungen beispielsweise kommt immer mehr das Thema von Tagesstrukturen an den Schulen zum Tragen. Darum werden eine isolierte Initiative und ein isolierter Gegenvorschlag dem Thema nicht gerecht. Der Regierungsrat hat das Thema ja aufgegriffen und ein Projekt lanciert, das gesamtheitlich eine Übersicht ausarbeitet. Darum ist der Redner der Meinung, dass dies der richtige Weg ist und der Absicht zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf mehr dient. Das ist der nachhaltige Weg – nachhaltig durchaus im Sinne von sozial und ökonomisch vertretbar.

Caroline Mall (SVP) nimmt die Aussage von Miriam Locher auf, die Initiative sei tausendmal besser als ein möglicher Gegenvorschlag. Ja, man hat die Unterschriften an einem Tag sammeln können – und ja, es wird geschätzt, dass die Initiantinnen einen ganzen Tag auf die Strasse gegangen sind. Die Rednerin macht dies manchmal auch – auch wenn das Sammeln bei ihr etwas länger braucht, weil die Rednerin der Bevölkerung nicht sagt: «Findet ihr es toll, wenn Kita-Plätze per se gratis sind?» Wenn man etwas gratis anbietet, braucht es vielleicht nur einen halben Tag, um die Unterschriften zusammen zu bringen. Das ist aber zu kurz gegriffen und nicht überlegt. Es ist dem Volk, den Erziehungsberechtigten und auch den Kindern gegenüber nicht fair, wenn man so versucht, eine Initiative zusammen zu basteln – und man am Schluss dann doch einen Gegenvorschlag will. Dies im Wissen, dass die Initiative vor dem Volk keine Chance hätte – weil die Wahrheit nicht auf den Tisch gelegt wurde.

Alle 90 Mitglieder des Landrats sind sich einig: Beruf und Familie müssen besser harmonisieren können. Das bestreitet kein Mensch. Man muss aber – wie der Vorredner es gesagt hat – eine nachhaltige Lösung finden, welche über die nächsten Jahre und die nächsten Generationen tragbar ist. Sie muss finanzierbar sein. Dies auch an die ganz jungen SPLer und zukünftigen Nationalrätinnen, die zuhören und nicht lachen sollten: Es muss nachhaltig sein. Die Nachhaltigkeit verliert hier etwas an Bedeutung. Es sind schlicht ideologische Ideen und Wünsche, die man nicht umsetzen kann.

Aus der Optik der Rednerin gibt es zwei Varianten: Erstens ist der Regierungsrat bereits an der Arbeit; die Regierungsrätin nickt mit dem Kopf. Auch der Finanzdirektor ist weitgehend involviert, ebenso die Bildungsdirektion. Das Thema ist auf der Agenda – wie auch das Klima. Man hat eine gute Regierung und sie arbeitet am Thema. Jetzt kommt aber quer diese Initiative hinein, die genau das fordert, was der Regierungsrat bereits macht. Der Vorschlag der Rednerin lautet: Lasst den Regierungsrat arbeiten. Er weiss, was er zu tun hat und ist in der Regel auch relativ schnell, wenn es um brisante Themen geht. Zieht doch die Initiative zurück! Habt den nötigen Mut und zieht den Hut vor dem Regierungsrat – und stimmt zu, dass man eine nachhaltige, gemeinsame Lösung findet. Das wäre der einfachste Weg, auch aus Effizienzgründen.

Werden in Zukunft wieder Unterschriften für eine Initiative gesammelt, sollte man dem Volk die Wahrheit sagen – und das Preisschild anbringen (und nicht nur von Gratis-Angeboten reden). Es liegt der Rednerin am Herzen, dass man mit der Bevölkerung in einem ehrlichen Austausch steht.

Peter Riebli (SVP) wendet sich an Miriam Locher und sagt, wenn sie überzeugt sei, dass die Initiative hundertmal besser ist als jeglicher Gegenvorschlag, den die Regierung vorlegen kann, dann müsste sie ja eigentlich gegen eine Sistierung votieren. Dann müsste sie die Initiative dem Volk zur Abstimmung vorlegen, einen anständigen Wahlkampf führen – und dann auch gewinnen. Wenn es heisst, was der Regierungsrat vorlegt, ist weitaus nicht so gut wie die Initiative, versteht der Redner die Welt nicht mehr bzw. warum man für eine Sistierung und einen Gegenvorschlag sein kann. Bringt doch einen anständigen Abstimmungskampf, überzeugt das Volk, dass die Initiative richtig ist – und dann ist es so, wie es ist. Wenn man aber sagt, die Initiative ist gut, aber vermutlich wird sie abgelehnt, weshalb es einen Gegenvorschlag braucht – so ist das nicht der richtige Weg. Entweder steht man zur Initiative – und ist gegen eine Sistierung. Oder man steht nicht dazu – dann braucht es den Umweg über den Gegenvorschlag, der aber nicht sauber ist. Es ist nicht zu verstehen: Wenn man überzeugt ist, dass die eigene Initiative besser ist, als alles, was der Regierungsrat vorlegen kann, geht man ihm doch keine fünf Zentimeter entgegen. In diesem Fall gibt man in einem Abstimmungskampf alles – und weiss dann, woran man ist. Einen Schleichweg auszuprobieren – das ist nicht die richtige Art.

Andreas Dürr (FDP) sagt, es sei bereits viel gesagt worden – es ist wirklich wichtig, das Gesamtprojekt, das nicht mit dem Eintritt in die Primarschule endet, im Auge zu behalten. Was extrem irritierend ist: Das Gesamtprojekt steht ja unter der Leitung von Regierungsrätin Kathrin Schweizer.

Somit hat es die Regierungsrätin der Initiantinnen in der Hand, das Projekt vorwärts zu treiben, Teilprojekte zu forcieren oder herauszunehmen, die Themen mit den Gemeinden zu koordinieren, die Finanzen und die Steuern anzuschauen. Die Regierungsrätin der Initiantinnen beantragt ja, den Regierungsrat arbeiten zu lassen. Wenn sie könnte, würde sie sagen, man solle die Initiative zurückziehen und den Regierungsrat in Ruhe arbeiten lassen.

Es ist sehr irritierend, was die Gegenseite macht. Ein Teilbereich eines Gesamtprojekts wird aus wahlkampftechnischen Gründen durchgezwingelt – indem man mit der Gratis-Fahne winkt. Dies ist nicht sauber und auch nicht ehrlich gegenüber dem Stimmbürger. Das kann man aber unter dem Stichwort Wahlkampf abtun. Man sollte aber ehrlich zum Projekt sein – und sagen: «Ja, wir haben die Federführung und setzen das um.» Oder hat man seitens Initiativkomitee kein Vertrauen in die eigene Regierungsrätin? Es wird im Wahlkampf gesagt, Regierungsrätin Kathrin Schweizer bringe alle ihre Vorlagen im Landrat durch. Wenn sie diese Vorlage nicht durchbringt und dem Gegenvorschlag knurrend zustimmen muss, hat die Gegenseite den eigenen Wahlkampf zerstört. Also: Man soll der Regierungsrätin folgen und ihr die Chance geben, dass sie auch diese Vorlage gewinnt.

Auch **Werner Hotz** (EVP) ist der Ansicht, dass die Initiative über das Ziel hinaus schießt. Sie ist kostenmässig nicht tragbar. Aber: Das Thema ist jetzt wichtig für Baselland. Es muss umfassend geprüft werden. Deshalb soll die Verwaltung das nun auch tun. An Martin Dätwyler: Warum sollte man das Thema Tagesstrukturen nicht einbeziehen? Das geht doch gut. Es ist auch wichtig (wie Béatrix von Sury es gesagt hat), die Anerkennung für die Familien aufzunehmen, welche ihre Kinder freiwillig zu Hause betreuen. Das kann man ebenfalls in die Gesamtsicht aufnehmen. Ein Gegenvorschlag macht Sinn. Das bringt die Welt demokratietechnisch durchaus voran. Dafür gibt es in der Vergangenheit viele Beispiele – auf Bundes- wie auch Kantonsebene. Es ist nicht einzusehen, wieso das jetzt schlecht geredet wird. Wenn man rasch vorankommen will, kann man sich die Abstimmung über die Initiative sparen und einen Kompromissvorschlag erarbeiten. Dann hat man Zeit gespart und ist schneller am Ziel, wo alle hinwollen.

Werner Hotz hat **Erika Eichenberger Bühler** (Grüne) aus dem Herzen gesprochen. Seinen Aussagen ist eigentlich nicht viel hinzuzufügen. Nochmals: Es geht hier um einen Inhalt und um Fakten. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist zwingend – und man steht im Baselbiet weit hinten in dieser Frage. Darum muss man jetzt anfangen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fängt bei der Geburt jedes Kinds an – das ist bereits morgen mit dem Kind der Fall, das dann zur Welt kommt und die Eltern vor die Frage stellt, wie sie sich organisieren sollen und wie das finanziert werden soll. Darum ist es extrem wichtig, dass der Regierungsrat jetzt sofort an die Arbeit geht – in einem ersten Schritt betreffend Vorschulbereich. Es wurde gesagt – da ist man sich sogar mit der SVP-Fraktion und mit Caroline Mall einig: Danach muss auch eine Lösung für den Schulbereich kommen. Dafür ist aber eine andere Direktion zuständig. So unlogisch ist es also nicht, dass die beiden Bereiche getrennt, aber miteinander verknüpft, behandelt werden. Go for it.

Marc Schinzel (FDP) erklärt, der Regierungsrat sei seit längerer Zeit an der Arbeit. Mit dem Gegenvorschlag wird Sand ins Getriebe gestreut. Die Arbeiten des Regierungsrats sind umfassender, als die Forderungen der Initiative, denn er nimmt eine gesamte Auslegeordnung vor, nicht nur eine sektorielle. Dies wurde bereits von den Vorrednern betont: Es muss alles einbezogen werden und es braucht nicht nur einen sektoriellen Fokus, wie ihn die Initiative hat. Deshalb empfiehlt der Regierungsrat dem Volk auch, die Initiative abzulehnen. Mit dem Gegenvorschlag erfolgt eine Vermischung von Sachen, die besser nicht erfolgen sollte. Die Initiative sollte dem Volk vorgelegt werden und der Regierungsrat sollte weiterarbeiten können. Die Initiative ist ein Wahlkampfvehikel. Dazu gibt es die heutige Debatte und damit sollte man es belassen. Wie es bei der SP Tradition ist, wird mit der Giesskanne gearbeitet – die SP ist als Gärtnerin unterwegs, entweder mit dem

Rasenmäher oder der Giesskanne, also relativ einseitig und nicht differenziert. Alle im Landrat sind sich einig darin, dass die ausser- und vorschulische Betreuung sehr wichtig ist und dass diese verbessert werden muss. Man streitet sich aber über den richtigen Weg. Mit einer Sistierung für zwei Jahre bestünde ein Zeitdruck. Besser als ein Gegenvorschlag zur Initiative ist eine solide, gut ausgearbeitete Vorlage, welche alle Aspekte einbezieht.

Adil Koller (SP) ist froh, dass die Verfassung als Grundlage des Staats gilt und nicht die Voten von Peter Riebli. Der demokratische Prozess, auch bezüglich Initiativen, ist in § 29 der Baseler Kantonsverfassung festgelegt. Dort steht, dass der Landrat einen Gegenvorschlag machen kann. Andi Dürr kann gerne einen Wahlflyer der SP mitnehmen, wenn er die SP zielgerichtet mit seinen Ideen unterstützen möchte. Ebenfalls ein Dank geht an Marc Schinzel für seine Unterstützung, dass Kathrin Schweizer differenziert und solide arbeitet.

An der Aggressivität der Voten ist erkennbar, dass es nicht um Kinder, sondern mehr um Wahlkampf geht, was schade ist. Grundsätzlich wissen alle, dass es im Bereich Kindertagesstätten und vorschulische Betreuung Verbesserungen braucht; insbesondere wissen dies diejenigen, die sich mit Wirtschaftspolitik auseinandersetzen, mit der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Es gibt völlig falsche Anreize beim Thema Kindertagesstätten: Erhöht man das Pensum, wird der zusätzliche Lohn mehrheitlich weggefressen – nicht durch die Steuern, sondern vor allem durch die externen Betreuungskosten. Diese Fehlanreize müssen beseitigt werden. Die Initiative macht dazu einen ersten Vorschlag. Der zweite Punkt, der in der öffentlichen Diskussion weniger präsent ist: der Lohn-Gap zwischen Männern und Frauen. Es gibt eine Mutterschaftsstrafe. Die Lohnentwicklung verläuft bis zur Geburt des ersten Kindes parallel, dann sinkt der Lohn der Frau massiv ab. Nach einem Jahr steigt er wieder, aber der entstandene Gap zwischen Männern und Frauen bleibt über die ganze Erwerbsdauer hin bestehen. Gibt es im Umfeld der Familie Kindertagesstätten, dann fällt die Mutterschaftsstrafe nicht so gross aus. Das Angebot muss vorhanden sein. Über diese beiden Punkte muss diskutiert werden. Und diese Punkte bringt die Initiative ein. Es ist doch die ureigenste Eigenschaft der Demokratie in der Schweiz, zu diskutieren, wie das Problem am besten gemeinsam gelöst werden kann. Erachtet der Landrat die Initiative als sachlich nicht richtig, kann er einen Gegenvorschlag einbringen. Es ist zu hoffen, dass diese Möglichkeit ab dem 13. Februar 2023 nicht mehr bestritten wird. Der Landrat ist da, um Lösungen zu finden.

Marc Scherrer (Die Mitte) geht es nicht um Parteipolitik. Bei der Thematik muss etwas geschehen. Er ist aber gegen die Initiative in diesem Umfang. Es braucht eine vernünftige Lösung, die wohl in einem Mittelweg bestehen wird. Eine verfahrenstechnische Frage: Wie lange wird es dauern, um eine Lösung zu etablieren? Es wird darüber diskutiert, die Initiative für zwei Jahre zu sistieren, was sinnvoll ist. Jedoch ist es weniger sinnvoll, wenn es gleichzeitig einen Gegenvorschlag und ein Projekt gibt – und am Schluss drei Lösungen vorliegen. Es ist zu hoffen, dass der Gegenvorschlag inhaltlich deckungsgleich ist mit dem, was der Regierungsrat ohnehin erarbeitet. Wäre es möglich, das Projekt innerhalb der zwei Jahre auszuarbeiten? Drei Lösungen sind nicht zielführend. Wie ist das Vorgehen?

Regierungsrätin **Kathrin Schweizer** (SP) hält fest, die familienergänzende Betreuung sei ein Mittel zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Es geht um Gleichstellung, Integration, Chancengerechtigkeit, Bildung, Standortqualität und um den Fachkräftemangel. Deshalb ist der Regierungsrat der Meinung, dass das Baselbiet bezüglich familienergänzender Betreuung besser werden muss, und er hat ein Projekt lanciert. Es soll nicht nur der Vorschul-, sondern auch der Schulbereich integral bearbeitet werden. Es gab rund 13 Vorstösse zum Thema; alle Erkenntnisse sollen in das Projekt einfließen und es soll eine gesamthafte Überprüfung erfolgen. Gleichzeitig liegt nun die Initiative vor. Der Regierungsrat hat sich vor allem wegen der hohen Kosten dagegen ausgesprochen – und weil die Finanzierung auch Personen zugute käme, die diese nicht brau-

chen. Auch zum Gegenvorschlag hat sich der Regierungsrat Gedanken gemacht. Werden Initiative und Gegenvorschlag dem Volk unterbreitet, hat dieses mehrere Möglichkeiten. Dieser Weg ist sehr transparent. Trotzdem entschied sich der Regierungsrat gegen die Ausarbeitung eines Gegenvorschlags, da sein eigenes Projekt weiter gefasst ist und den Schulbereich ebenfalls einbezieht. Zudem bestünde ein zeitlicher Druck. Würde der Regierungsrat mit der Ausarbeitung eines Gegenvorschlags beauftragt, müsste der Vorschulbereich aus dem Projekt herausgelöst und rascher bearbeitet werden, um in zwei Jahren einen Gegenvorschlag vorlegen zu können. Der Schulbereich wäre nicht Teil des Gegenvorschlags. Es wären nicht drei Projekte, sondern die Initiative und der Gegenvorschlag mit dem Regierungsvorschlag zum Vorschulbereich. Aus zeitlichen Gründen und wegen des umfassenderen Ansatzes spricht sich der Regierungsrat gegen den Gegenvorschlag aus. Die Rednerin bittet darum, dem Antrag des Regierungsrats zu folgen.

Marco Agostini (Grüne) hat nicht gehört, wie der Zeitplan aussehen soll. Die Frage von Marc Scherrer ist sehr wichtig. Gibt es eine Abstimmung zur Initiative, wird diese abgelehnt; eine Annahme wäre ein Wahnsinn, auch wenn es eine tolle Sache wäre – aber dies kann sich der Kanton nicht leisten. Arbeitet der Regierungsrat daran und wird in den nächsten zwei Jahren ein konkreter Vorschlag vorgelegt? Der Regierungsrat arbeitet schon lange daran, wurde gesagt, und bis jetzt liegt noch nichts vor.

Caroline Mall (SVP) äussert ein Kompliment für die Rede von Regierungsrätin Kathrin Schweizer. Die Begründung des Antrags des Regierungsrats wurde auf den Punkt gebracht, ebenso, weshalb fast sämtliche anwesenden Bürgerlichen den Regierungsbeschluss unterstützen. Die Zeitachse ist sehr wichtig, wie dies von den Vorrednern Marc Scherrer und Marco Agostini erwähnt wurde. Wenn der Regierungsrat sagen kann, er sei bis 2025 bereit, dann würde man doppelspurig fahren, wenn der vorschulische Bereich herausgelöst würde. In diesem Fall appelliert die Rednerin an die Vernunft, damit der Regierungsrat seine Arbeit tun kann. Die letzten VAGS-Projekte gelangen alle sehr gut.

Markus Meier (SVP) wundert sich aus unternehmerischer Sicht, weshalb ein Wunderprodukt, das so gut sei, dass es den Markt erobern wird, so lange verteidigt werden muss, um es dann doch der Konkurrenz zu übergeben, damit diese etwas Schlechteres entwickelt. Dies kann nur damit zusammenhängen, dass man Angst vor der Kundschaft hat, weil diese das eigene Produkt nicht kaufen wird. Die Initiative soll zur Abstimmung gebracht werden, dann weiss man Bescheid.

Regierungsrätin **Kathrin Schweizer** (SP) erklärt, beschliesse der Landrat einen Gegenvorschlag, werde der Regierungsrat alles daran setzen, um in zwei Jahren eine Vorlage zu unterbreiten, die sich auf den Vorschulbereich bezieht. Gibt es keinen Gegenvorschlag, wird der Regierungsrat mindestens ein Jahr länger benötigen. Es handelt sich um ein VAGS-Projekt und das Thema ist sehr umstritten; es geht um viel Geld und die Gemeinden müssen ins Boot geholt werden. Deshalb braucht es etwas mehr Zeit, vor allem wegen der umfassenden Betrachtung. Der Vorschul- und der Schulbereich werden aufeinander abgestimmt sein. Auch wenn ein Gegenvorschlag beschlossen wird, wird darauf geachtet, dass der Anschluss im Schulbereich stimmt; jedoch würde diese Vorlage später kommen.

Nach **Jacqueline Bader** (FDP) geht es genau darum, was die Regierungsrätin gesagt hat. Ein Jahr mehr für ein umfassendes Projekt ist sinnvoller als eine Wurstlerei, bei der ein Teil herausgebrochen wird und dann wieder in ein Gesamtprojekt eingefügt werden muss. Ein Gesamtprojekt ist sinnvoller als Teilbereiche, bei denen die linke Hand am Schluss nicht weiss, was die rechte Hand tut – das ist Unsinn. Liegt etwas Gutes erst ein Jahr später vor, ist dies kein Problem. Nimmt man lieber Teilstücke in Kauf, verkennt dies, wie in der Wirtschaft gearbeitet wird.

Miriam Locher (SP) sagt, die Initiative sei am besten. Aber die SP-Fraktion ist auch bereit, Kompromisse zu schmieden und Hand für Lösungen zu bieten, die dem Baselbiet zugute kommen. Es ist bedauerlich, dass von rechter Seite kein Wille zum Kompromiss besteht. Die Idee des Gegenvorschlags kam von anderer Seite. Es geht darum, dass sich die Situation rasch verbessert. Neben dem Kostenfaktor sind auch die Arbeitsbedingungen der Angestellten zu berücksichtigen. Der heutige Landratsentscheid könnte eine Verbesserung in diesen Bereichen ermöglichen und es gäbe einen Gewinn für die Demokratie und die Familien.

Marc Schinzel (FDP) betont, der Regierungsrat solle die Zeit erhalten, um eine solide, gesamtgesellschaftliche, gut abgestützte, austarierte Vorlage zu erarbeiten. Er soll nicht unter Druck gesetzt werden, damit er etwas übers Knie brechen muss, weil die Initianten und Initiantinnen einen Gegenvorschlag wollen, da sie erkannt haben, dass die CHF 170 Mio. keine Chance vor dem Volk haben. Eine Wurstlerei ist abzulehnen.

Peter Brodbeck (SVP) hat sich überlegt, welches der richtige Weg sei. Dem Projekt des Regierungsrats könnte geholfen werden, wenn die Initiative zur Abstimmung gebracht wird. Damit liegt ein Ergebnis vor, womit abgeschätzt werden kann, was die Bevölkerung möchte und wie viel Geld ausgegeben werden kann. Diese Erkenntnis kann ins Projekt einfließen. Mit einer Abstimmung über die Initiative läge ein erster Gradmesser für das Projekt vor. Ohne Abstimmung wird im Landrat erneut über Maximalforderungen diskutiert werden.

Es gebe kein Votum, so **Thomas Buser** (EVP), dass den Handlungsbedarf verneine. Dieser ist nicht bestritten. In den Voten pro Gegenvorschlag war zu erkennen, dass damit eine gesamtgesellschaftliche Lösung gesucht werden soll – diesbezüglich erfolgte eine Klärung von Kathrin Schweizer: Dies ist nicht der Fall. Eine gesamtgesellschaftliche Lösung erscheint wesentlich sinnvoller. Würde der Gegenvorschlag auch nicht angenommen, hat man mit Arbeiten zum Vorschulbereich begonnen, und es gäbe etwas Ergänzendes dazu im Schulbereich – das ergibt ein Durcheinander. Man sollte sich gut überlegen, ob man einem Gegenvorschlag zustimmt. Der Redner spricht sich dagegen aus.

Andreas Dürr (FDP) würde am liebsten das erste Votum von Regierungsrätin Kathrin Schweizer nochmals wiederholen. Es wird klar gesagt, der Regierungsrat lehne die Initiative ab, ebenso den Gegenvorschlag – der Regierungsrat soll arbeiten können. Zur Zeitachse: Es kann etwas zur Abstimmung gebracht werden, das ins Gesamtkonzept passt, wurde gesagt. Aber klar ist, dass das Gesamtprojekt nicht in zwei Jahren vorliegen wird. Das Ganze ist mit einem Marathonlauf vergleichbar, bei dem die Kraft eingeteilt werden muss. Die SP-Fraktion sagt ihrem Läufer, er solle alles geben in den ersten 20 Minuten, der Rest der Strecke sei nicht mehr wichtig. Die Regierungsrätin soll die Chance erhalten, das Ziel zu erreichen.

Jan Kirchmayr (SP) sagt, der Regierungsrat habe in den letzten acht bis zwölf Jahren gewurstelt, indem er das Thema nicht angegangen sei. Zur Zeitachse: Ein Gegenvorschlag betrifft den Frühbereich. Dies ist etwas anderes als eine Tagesstruktur an den Schulen – und auch in einer anderen Direktion angesiedelt. Es geht jetzt um die Betreuung von Kindern, die noch nicht im Kindergarten sind. Im zweiten Teilbereich geht es um Möglichkeiten, damit im Baselbiet Tagesschulen geschaffen werden können. Dass dies länger dauert, weil verschiedene Trägerschaften betroffen sind, ist klar. Deshalb bittet der Redner um Zustimmung zum Gegenvorschlag.

://: Eintreten ist unbestritten

– *Detailberatung Landratsbeschluss*

Ziffer 1

Keine Wortmeldungen.

Ziffern 2 und 3

Die SVP- und FDP-Fraktionen fordern im Sinne eines Änderungsantrags, dass der vom Regierungsrat vorgeschlagene Wortlaut übernommen werden solle:

~~2. Die Behandlungsfrist der nichtformulierten Volksinitiative «Gebührenfreie Kinderbetreuung für alle Familien» wird für zwei Jahre unterbrochen. Die nichtformulierte Volksinitiative «Gebührenfreie Kinderbetreuung für alle Familien» wird abgelehnt und den Stimmberechtigten zur Abstimmung unterbreitet.~~

~~3. Der Regierungsrat wird beauftragt, einen formellen Gegenvorschlag auszuarbeiten. Den Stimmberechtigten wird empfohlen, die nichtformulierte Volksinitiative «Gebührenfreie Kinderbetreuung für alle Familien» abzulehnen.~~

://: Der Antrag der beiden Fraktionen wird mit 44:43 Stimmen abgelehnt.

– *Rückkommen*

Es wird kein Rückkommen verlangt.

– *Schlussabstimmung Landratsbeschluss gemäss Kommission*

://: Mit 45:40 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird dem Landratsbeschluss zugestimmt.

Landratsbeschluss

betreffend Nichtformulierte Initiative «Gebührenfreie Kinderbetreuung für alle Familien»

vom 26. Januar 2023

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

1. Die nichtformulierte Volksinitiative «Gebührenfreie Kinderbetreuung für alle Familien» wird für rechtsgültig erklärt.
 2. Die Behandlungsfrist der nichtformulierten Volksinitiative «Gebührenfreie Kinderbetreuung für alle Familien» wird für zwei Jahre unterbrochen.
 3. Der Regierungsrat wird beauftragt, einen formellen Gegenvorschlag auszuarbeiten.
-